



Presse- mitteilung

POSTANSCHRIFT 11017 Berlin

TEL 03018 527-1816

FAX 03018 527-1871

INTERNET www.behindertenbeauftragte.de

E-MAIL info@behindertenbeauftragte.de

Für eine diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung

Behindertenbeauftragte lud zur Fachtagung rund um die „Gesundheitspolitik für Menschen mit Behinderungen“ in die LAG Selbsthilfe nach München ein

München, Februar 2009. Ein inklusives Gesundheitssystem, das die unterschiedlichen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen berücksichtigt – dieses Thema stand heute im Mittelpunkt der Fachkonferenz „alle inklusive! Die neue UN-Konvention und die Gesundheitspolitik für Menschen mit Behinderungen“ in München. Die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Karin Evers-Meyer, hatte gemeinsam mit dem Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. (BSK), der BAG Selbsthilfe und dem Deutsche Rheuma-Liga Bundesverband e.V. dazu eingeladen, im Rahmen der Veranstaltung den bestehenden Handlungsbedarf im Gesundheitssystem zu diskutieren.

Dass dieser sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene immer noch groß ist, zeigt der Blick in die Praxis: Barrierefreie Arztpraxen, flächendeckende Versorgungsangebote oder die Gleichbehandlung von Menschen mit Behinderungen in der Kranken- oder Lebensversicherung sind in Deutschland noch längst keine Realität. In der LAG Selbsthilfe Bayern in München diskutierten die rund 120 Teilnehmer der Fachkonferenz darüber, wie ein diskriminierungsfreies Gesundheitssystem gelingen kann. Den Anstoß gab die UN-Behindertenrechtskonvention, das weltweit erste Menschenrechtsabkommen über die Rechte behinderter Menschen. Es wurde von Bundestag und Bundesrat bereits ratifiziert und tritt in Deutschland voraussichtlich Anfang März in Kraft.

Ein zentraler Aspekt der Veranstaltung war das Thema Barrierefreiheit. In Wohnortnähe qualitativ hochwertig medizinisch versorgt zu werden, sollte für Menschen mit Behinderungen genauso selbstverständlich sein wie für nicht-behinderte, lautete eine zentrale Forderung der Teilnehmer. „Unser Ziel ist eine uneingeschränkte, barrierefreie medizinische Versorgung für alle Menschen – mit und ohne Behinderung“, sagte Irmgard Winkler, stellvertretende Bundesvorsitzende im BSK. Über die Erreichbarkeit von Arztpraxen und Therapieräumen hinaus

alle inklusive!
Die neue UN-Konvention

U-Bahn U 2, U 6:
Bus 147, 257:
S-Bahn 1, 2, 25:

Mohrenstraße / Französische Straße
Französische Straße
Unter den Linden

betonte der Deutsche Rheuma-Liga Bundesverband e.V., dass auch andere Gesundheitsdienstleistungen für Menschen mit Behinderungen überall in Deutschland in Wohnortnähe erreichbar seien müssten.

Dr. Martin Danner, Geschäftsführer der BAG Selbsthilfe, verwies auf massive Lücken in der Versorgung chronisch kranker und behinderter Menschen. „Die UN-Konvention macht unmissverständlich deutlich, dass wir in Deutschland eine grundlegende Neuausrichtung der Versorgung chronisch kranker und behinderter Menschen brauchen. Derzeit laufen behinderte Menschen Gefahr, als Patienten benachteiligt zu werden. Oft sind sie für Ärzte unattraktiv, vor allem dann, wenn eine chronische Erkrankung vorliegt, die nicht unter den morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich fällt.“

Dass es auch anders geht, stellt die vom Frauennetzwerk Bayern ins Leben gerufene gynäkologische Spezialambulanz für Frauen und Mädchen mit Behinderung am Klinikum Dachau unter Beweis. Hier haben Patientinnen seit der Eröffnung im November 2007 die Möglichkeit, sich umfassend untersuchen und behandeln zu lassen. Die Räume der Spezialambulanz sind barrierefrei zugänglich und verfügen unter anderem über einen höhenverstellbaren gynäkologischen Stuhl sowie einen Hebelift. Das Projekt, das von der LAG Selbsthilfe getragen wird, hat bundesweit Modellcharakter und ist auf die Bedürfnisse von Frauen mit Behinderungen eingestellt.

Karin Evers-Meyer zog ein positives Fazit der Veranstaltung. „Mit der Fachkonferenz haben wir auf ein wichtiges Thema aufmerksam gemacht“, so die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen. „Was die Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderungen in Deutschland betrifft, gibt es noch einigen Handlungsbedarf, und diesen haben wir heute deutlich aufgezeigt.“

Die Konferenz fand im Rahmen der Kampagne „alle inklusive! – Die neue UN-Konvention“ statt. Insgesamt lädt die Behindertenbeauftragte bis Ende März zu acht Veranstaltungen bundesweit ein, die jeweils ein spezielles Thema der Konvention in den Blickpunkt rücken – von Bildungspolitik über Barrierefreiheit bis hin zu Rehabilitation und beruflicher Teilhabe.

Die nächste Fachkonferenz findet am 20. Februar in Chemnitz zum Thema Gleichstellungspolitik statt.

Weitere Informationen unter: www.behindertenbeauftragte.de/alle-inklusive

Kontakt:

Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen
11017 Berlin

Tel.: 03018 527-2869

Fax: 03018 527-1803

E-Mail: Sigrid.Arnade@bmas.bund.de

Pressekontakt „alle inklusive!“:

crossrelations GmbH (GPRA)

Christina Marx

Tel.: 0211-882736-10

E-Mail: christina.marx@crossrelations.de

